Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: Transparenz bei Sachsens Personalplanung – Zwischenergebnisse der

Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und

Sachausstattung veröffentlichen

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- den Zwischenbericht der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung zu veröffentlichen und dem Sächsischen Landtag zuzuleiten sowie
- 2. die konkrete personelle Zusammensetzung der Kommission, die Sitzungstermine einschließlich der geplanten Themen, den geplanten Termin für den Abschlussbericht, die Konzeption der Evaluation und die Art und Weise der Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu veröffentlichen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD (S. 97) wurde vereinbart: "Der öffentliche Dienst des Freistaates Sachsen ist hinsichtlich seiner Aufgaben sowie der daraus resultierenden Personal- und Sachausstattung umfassend zu evaluieren. Die Koalitionspartner setzen dazu eine Kommission ein. Über die Aufgabenstellung, Größe und Zusammensetzung entscheidet das Kabinett. Die Kommission erstellt bis 2016 eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung für den öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen. Der Prozess soll transparent gestaltet und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv

Dresden, den 27. August 2015

b.w.

Volkmar Zschocke, MdL

und Fraktion

Eingegangen am: 27.08.2015

eingebunden werden. Die Kommission ermittelt außerdem mögliche Konsequenzen für den Behördenaufbau und die Struktur der Landesverwaltung. Wir werden die Personalausgaben des Freistaates langfristig stabilisieren. Grundlage dafür ist die aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung, die auch über die Umsetzung und die Höhe des zukünftigen Stellenabbaus entscheidet."

Die Antragstellerin nimmt die in Aussicht gestellte Transparenz des Evaluationsprozesses auf und begehrt die Veröffentlichung des Zwischenberichts und die Zuleitung an den Landtag sowie eine Benachrichtigung der Öffentlichkeit über den gesamten Prozess der Evaluation. Außerdem begehrt sie die namentliche Benennung der Mitglieder der Kommission und Bezeichnung ihrer Dienststellung/Behörde/Institution. Diese wurden auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Franziska Schubert, Drs. 6/2046, nicht mitgeteilt.